

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau** der Stadt Burgdorf am **03.12.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-USB/034

Beginn öffentlicher Teil: Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Kaever, Volkhard, Dr.

stellv. Vorsitzender

Köneke, Klaus

Mitglied/Mitglieder

Braun, Jens
Heller, Simone
Nijenhof, Rüdiger
Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig
Sieke, Oliver
Weilert-Penk, Christa

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael bis 20.08 Uhr

Beratende/s Mitglied/er

Schellenberger, Andre-
as

Gast/Gäste

Arff, Rike Zu TOP 9

Verwaltung

Borchers, Insa
Brinkmann, Jan-Hinrich
Fischer, Andreas
Pollehn, Armin
Schulz, Hanna
Woywode, Alexander

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 04.11.2019
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Zweiter Mobilfunksendemast in Ehlershausen
Vorlage: M 2019 1085
- 3.2. Projektstart "Energiesparen macht Schule"
Vorlage: M 2019 1125
4. 43. Änderung des Flächennutzungsplans "Neuer Bauhof" - Vorentwurf
Bezug: Vorlage 01178/00/05
Vorlage: BV 2019 1111
5. Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB
Vorlage: BV 2019 1100
6. Eilantrag der WGS-Fraktion vom 26.11.2019 - Erstellung einer Bewertungsmatrix als Grundlage für die Priorisierung der Bearbeitung kommunaler und privater Wohnbauvorhaben durch die Stadt Burgdorf
Vorlage: A 2019 1137
7. Nachverdichtung Gartenstraße sowie Raupers Hof (Otze),
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2019
Vorlage: A 2019 1129
8. Antrag von Die Linke - Baugrundstücke nur noch an Investoren vergeben, die mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen bauen
Vorlage: A 2019 1121
9. Vorstellung der "Energie- und CO2-Bilanz 2015 für die Stadt Burgdorf" durch die Klimaschutzstelle Region Hannover; Bericht
10. Städtische Grünflächen in bienen- und insektenfreundliche Blühfelder umwandeln; Antrag der Fraktion Die Linke im Ratd der Stadt Burgdorf vom 15.11.2019
Vorlage: A 2019 1126
11. Antrag zum Klimaschutz
Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 03.10.2019
Vorlage: A 2019 1073
12. Ergänzungsantrag zum Klimaschutzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.10.2019
Antrag gem. Geschäftsordnung der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.10.2019
Vorlage: A 2019 1090

13. Untersuchung der Situation am Bahnhof Ehlershausen zur Frage der Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs i.V. mit dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept,
Antrag SPD-Fraktion ORE
Bezugsvorlagen BV 2019 0993 und 2019 0993/1 Antrag auf Fördermittel Gewerbeflächenentwicklungskonzept
Vorlage: A 2019 1087
14. Auswirkungen der Lärmschutzvarianten beim Vorhaben "Nordwestliche Weserstraße" auf Schillerslage sind in die Prüfungen einzubeziehen; negative Auswirkungen sind auszuschließen, Antrag gem. Geschäftsordnung des Ortsrates Schillerslage vom 15.11.2019
Vorlage: A 2019 1120
15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 15.1. Anfrage der Fraktion FreieBurgdorfer vom 06.10.2019 zu den Vorkommnissen auf dem Oktobermarktwochenende
Vorlage: F 2019 1091
16. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 17.00 Uhr eröffnete **Herr Dr. Kaefer** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fest.

Herr Nijenhof bat, den Tagesordnungspunkt 15.1 zu verschieben, da der Antragsteller nicht anwesend war.

Herr Brinkmann bat die Tagesordnungspunkte 13 und 14 direkt hinter den Tagesordnungspunkt 3.2 zu verschieben.

Herr Dr. Kaefer bat danach die Tagesordnungspunkte 10, 9 und 4 folgen zu lassen und darauffolgend die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten der Tagesordnung in der so geänderten Form einstimmig zu.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 04.11.2019

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau genehmigten das Protokoll über die Sitzung vom 04.11.2019 einstimmig.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

3.1. Zweiter Mobilfunksendemast in Ehlershausen
Vorlage: M 2019 1085

Herr Fleischmann bat um Auskunft, ob der Sendemast einen 5G-Standard liefern könne.

Antwort der Stadtplanung:

Es handelt sich sowohl am Standort „Ehlershausen“ als auch am Standort „An der Mösch“, um Ausbau des LTE-Netzes.

3.2. Projektstart "Energiesparen macht Schule"
Vorlage: M 2019 1125

Frau Heller fragte nach, ob es bereits Rückmeldungen der Schulen gebe.

Herr Woywode erklärte, dass man noch auf schriftliche Antworten warte, aber man bisher sehr positive Resonanzen erhalten habe.

4. 43. Änderung des Flächennutzungsplans "Neuer Bauhof" - Vorentwurf
Bezug: Vorlage 01178/00/05
Vorlage: BV 2019 1111

Herr Brinkmann erläuterte die Vorlage anhand einer Präsentation

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Vorentwurf der 43. Änderung des Flächennutzungsplans „Neuer Bauhof“ wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Vorentwurf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB) durchzuführen.

Diese frühzeitige Beteiligung ersetzt die frühzeitigen Beteiligungsschritte aus dem Jahr 2006.

5. Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB
Vorlage: BV 2019 1100

Herr Brinkmann erläuterte die Vorlage anhand einer Präsentation.

Herr Rheinhardt erklärte, dass die Kosten für die Altanwohner möglichst geringgehalten werden sollten.

Zudem wollten viele Bürger aus Schillerslage dort bauen, daher bevorzuge er die 2. Variante mit mehr Häusern.

Herr Nijenhof fragte nach, ob man bei der Verteilung der Baugrundstücke die Bewohner Schillerslage bevorzugen könne.

Weiterhin regte er an, freiwillig Ausgleichspflanzungen in der Planung vorzusehen, auch wenn diese im Grundsatz nicht erforderlich seien.

Frau Heller teilte mit, dass auch sie für eine freiwillige Anpflanzung als Ausgleich der Bebauung sei.

Herr Brinkmann erklärte, dass man das B-Plan-Verfahren sauber durchführen solle. Da hier kein Ausgleich notwendig sei, solle man im B-Plan nicht freiwillige Anpflanzungen festschreiben.

Frau Borchers wies darauf hin, dass diese Fläche später bei anderen Verfahren fehlen werde, da entsprechende Flächen schlecht zu finden seien.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4-07 „Hornweg“ im Ortsteil Schillerslage wird eingeleitet.

Ziel ist die Abrundung des nördlichen Ortsrandes von Schillerslage durch Wohnbebauung.

Der geplante Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die in der Anlage umgrenzten Flächen.

Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren durchgeführt werde. (§ 13b BauGB i. V. m. § 13a BauGB)

**6. Eilantrag der WGS-Fraktion vom 26.11.2019 - Erstellung einer Bewertungsmatrix als Grundlage für die Priorisierung der Bearbeitung kommunaler und privater Wohnbauvorhaben durch die Stadt Burgdorf
Vorlage: A 2019 1137**

Die TOP 6, 7 und 8 wurden gemeinsam unter diesem TOP diskutiert.

Herr Dr. Kaever erläuterte den Antrag der WGS-Fraktion.

Herr Fleischmann monierte, dass man weniger priorisieren solle und stattdessen mehr soziale Wohnungen gefördert werden sollten. Daher habe er den Antrag zu TOP 8 gestellt. Man solle Bauland an große Wohnungsbaugesellschaften nur noch verkaufen, wenn diese mind. 25 % soziale Wohnungen auf dem Grundstück verwirklichen würden. Er befürworte zudem die Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern mit einem Erbbaurecht zu vermarkten, um ein Belegrecht zu haben und die Grundstücke im Eigentum zu behalten.

Die Verpflichtung zur Errichtung sozialen Wohnraums sei daher wichtiger als ein Kriterienkatalog zur Priorisierung.

Herr Rheinhardt erklärte, dass es schwierig sei abzuwägen welche Projekte wichtig seien, daher müsse man sehr genau über Kriterien der Bewertungsmatrix nachdenken.

Grundsätzlich fände er den Antrag sinnvoll, allerdings solle man beachten, dass jemand mit einem Projekt mit ganz neuen Ideen erscheinen könne und dann die Bewertungsmatrix eventuell angepasst werden müsse.

Den Antrag bezüglich 25 % Sozialwohnungen sehe er gar nicht negativ und könne sich vorstellen diesem zu folgen.

Frau Heller betonte, dass die Innenentwicklung und Nachverdichtung besonders wichtig seien und man diese Punkte in die Bewertungsmatrix auf-

nehmen solle. Da gute Projekt (z.B. Raupers Hof oder Nachverdichtung Gartenstraße) bearbeitet werden müssten, bevor diese Grundstücke brachlägen.

Herr Köneke merkte an, dass es diese Diskussion schon länger gebe. Aktuell lohne es sich selber zu bauen und später teuer zu vermieten, allerdings seien das nur Zyklen, die auch wieder enden würden. Man müsse sehen, wo man schnell viel erreichen könne.

Er spreche sich gegen eine Bewertungsmatrix aus. Man solle Projekt besser weiterhin in diesem Rahmen in der Politik besprechen.

Baugrundstücke nur mit Erbbaurecht an Investoren zu vergeben, um Sozialwohnungen zu bekommen, sehe er kritisch, da die Investoren hierfür kaum einen Kredit bekommen würden.

Herr Schellenberger wies darauf hin, dass man diese Bewertungsmatrix mit äußerster Vorsicht betrachten solle, da diese Bauinteressenten eine gewisse Zusicherung gebe und Kriterien festlege und diese ggf. einfach zu ändern sei nicht fair gegenüber den Bauinteressenten

Herr Nijenhof erklärte, dass er eine Bewertungsmatrix für einen herausragenden Vorschlag halte. Investoren würden dann möglichst viele Punkte erfüllen wollen und man könne die Projekte objektiver vergleichen.

Auch er sehe bezüglich der Sozialwohnungen eine Grundstücksvermarktung über Erbbaurecht kritisch. Sobald Investoren Pleite in Konkurs gehen würden, müsse die Stadt, als Eigentümer, für die Beseitigung des Gebäudes, etc. sorgen. Zudem würde aus seiner Sicht kaum jemand so ein Grundstück kaufen und dort Sozialwohnungen bauen, wenn es gar nicht in sein Eigentum übergehe.

Seiner Meinung nach schrecke das Erbbaurecht die Investoren ab, aber man könne einen Versuch durchführen, um zu sehen, ob so etwas funktioniert.

Zudem sei man froh über jede soziale Wohnung und solle diesen Punkt auf jeden Fall in die Bewertungsmatrix aufnehmen.

Frau Weilert-Plenk erläuterte, dass man beachten müsse bei Bauvorhaben verschiedene Zielgruppen zu berücksichtigen. Daher müsse eine Bewertungsmatrix gut überlegt werden und auf wesentliche Punkte festgelegt werden.

Herr Schrader teilte mit, dass man aus seiner Sicht 25 % Sozialwohnungen anstreben solle, aber manchmal auch Einzelentscheidungen treffen müsse.

Zudem würde die Erstellung einer Bewertungsmatrix viel Zeit in Anspruch nehmen und in dieser Zeit könne man schon einige Projekte bearbeiten.

Herr Braun erklärte, dass Sozialwohnung richtig und wichtig seien und ein Prozentsatz von 25 % anstrebenswert sei. Man solle bei der Vergabe der Grundstücke Investoren mit Sozialwohnungsbau bevorzugen, sofern dies möglich sei.

Herr Pollehn betonte, dass es sich um zwei verschiedene Dinge handele. Eine Bewertungsmatrix müsse entwickelt und die einzelnen Kriterien festgelegt werden.

Für die Kriterien solle die Politik Prinzipien festsetzen, wie z.B. Verdichtung, ökologisches Prinzip, bedarfsorientiert und bedarfsgerecht.

Die Sozialwohnungen mit einer festen Zahl von 25 % festzulegen, sei nicht optimal, denn man müsse auch Wohnraum für Bürger mit mittlerem und hohem Einkommen schaffen. Mieten sanken auch durch neugeschaffenen Wohnraum.

Herr Fleischmann widersprach den Vorrednern und teilte mit, dass die Befürchtung durch das Erbbaurecht die Grundstücke nicht vermarkten zu können, unbegründet sei, da andere Kommunen diese Verfahren erfolgreich umsetzten. Zudem wollten Investoren auch Sozialwohnungen errichten und man könne Grundstücke, die mind. 25 % Sozialwohnungen haben müssten, problemlos verkaufen.

Soziale Wohnungen fehlten in hohem Maß und durch Neubau von Wohnungen, sanken die Preise nicht. Daher brauche Burgdorf Sozialwohnungen und er könne nur empfehlen seinem Antrag zu folgen.

Auf Antrag von **Frau Heller** unterbrach **Herr Dr. Kaever** die Sitzung in der Zeit von 18.41 Uhr bis 18.49 Uhr.

Die weitere Behandlung des Eilantrags der WGS-Fraktion zur Bewertungsmatrix für die Priorisierung der Bearbeitung von Bauvorhaben wurde vertagt, um diesen zunächst in den Fraktionen zu beraten.

7. Nachverdichtung Gartenstraße sowie Raupers Hof (Otze), Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2019 Vorlage: A 2019 1129

Siehe TOP 6.

Die weitere Behandlung des Antrags des Bündnisses 90/Die Grünen zur Nachverdichtung der Gartenstraße und Raupers Hof (Otze) wurde vertagt, um diesen zunächst in den Fraktionen zu beraten.

8. Antrag von Die Linke - Baugrundstücke nur noch an Investoren vergeben, die mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen bauen Vorlage: A 2019 1121

Siehe TOP 6.

Herr Nijenhof stellte den Antrag die Nr. 2 des Originalantrags so zu ändern, dass dieser nicht auf 5 Jahre begrenzt sei, sondern nur für ein Projekt gelte.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen gegen den Änderungsantrag von Herrn Nijenhof.

Herr Dr. Kaever ließ danach über den Originalantrag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit 6 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gegen den Antrag.

9. Vorstellung der "Energie- und CO2-Bilanz 2015 für die Stadt Burgdorf" durch die Klimaschutzstelle Region Hannover; Bericht

Frau Arff, Sachbearbeiterin der Klimaschutzstelle Region Hannover, präsentierte die Energie- und CO2- Bilanz 2015 für die Stadt Burgdorf. Die Präsentation befindet sich in der Anlage zum Protokoll.

**10. Städtische Grünflächen in bienen- und insektenfreundliche Blühfelder umwandeln; Antrag der Fraktion Die Linke im Ratd der Stadt Burgdorf vom 15.11.2019
Vorlage: A 2019 1126**

Herr Fleischmann erläuterte kurz den Antrag.

Frau Heller wies daraufhin, dass so ein Antrag bereits in der Ausschusssitzung am 18.06.2019 ausführlich thematisiert wurde. Und dieser bereits erfolgreich umgesetzt werde.

Herr Köneke teilte mit, dass auch er keinen Handlungsbedarf sehe.

Herr Nijenhof erklärte, dass man bereits im Juni festgestellt habe, dass die Stadt Burgdorf genügend Grünflächen als bienen- und insektenfreundliche Blühfelder nutze. Er erkenne im jetzigen Antrag keine Verbesserung.

Herr Fischer verlas im Auftrag des Tiefbaus folgendes:

Zum Antrag ist folgendes festzustellen:

Punkt 1:

Im Ausschuss USB am 18.06.2019 wurde ein Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Herstellung von Blühflächen auf städtischen Rasen- und Wiesenflächen beraten (Vorlage A 2019 0957). Im Ausschuss wurde anhand einer Präsentation von Frau Vollmert dargestellt, dass bereits bei der Planung öffentlicher Freiflächen sowie bei der Wiederherstellung von Freiflächen, insbesondere nach Baumaßnahmen, ausschließlich Blumenwiesen (in der Regel 30 % Kräuter, 70 % Gräser) angesät werden. Darüber hinaus werden Baumscheiben im Straßenbegleitgrün mit reinen Kräuteransaat versehen. Die öffentlichen Wiesen- und Rasenflächen werden generell nicht gedüngt und mit Pflanzenschutzmitteln behandelt.

Punkt 2:

Es werden wie bereits unter Punkt 1 dargestellt, die Flächen prinzipiell mit Blumenwiesen-Ansaaten angesät. Es besteht daher keine Notwendigkeit Vergleichsflächen anzulegen. Vorhandene bereits bestehende größere Rasenflächen werden in der Regel extensiviert, siehe Präsentation im A-USB vom 18.06.2019. Eine detaillierte Erhebung der Kosten ist mit dem vorhandenen Personal nicht möglich, bzw. auch entbehrlich, da neue Flächen grundsätzlich mit Blumenwiesen-Ansaaten angesät werden.

Herr Fleischmann betonte dennoch, dass die Stadt Burgdorf bezüglich insektenfreundlicher Blühfelder nicht gut aufgestellt sei und er seinen Antrag aufrecht erhalten wolle.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gegen den Antrag.

**11. Antrag zum Klimaschutz
Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 03.10.2019
Vorlage: A 2019 1073**

Die weitere Behandlung des Antrags des Bündnisses 90/Die Grünen

zum Klimaschutz wurde vertagt, um diesen zunächst in den Fraktionen zu beraten.

- 12. Ergänzungsantrag zum Klimaschutzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.10.2019
Antrag gem. Geschäftsordnung der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.10.2019
Vorlage: A 2019 1090**
-

Die weitere Behandlung des Ergänzungsantrags des Bündnisses 90/Die Grünen zum Klimaschutzantrag wurde vertagt, um diesen zunächst in den Fraktionen zu beraten.

- 13. Untersuchung der Situation am Bahnhof Ehlershausen zur Frage der Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs i.V. mit dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept,
Antrag SPD-Fraktion ORE
Bezugsvorlagen BV 2019 0993 und 2019 0993/1 Antrag auf Fördermittel Gewerbeflächenentwicklungskonzept
Vorlage: A 2019 1087**
-

Herr Nijenhof schlug vor diesen TOP als behandelt anzusehen, da man bereits im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau darüber beraten habe und dieser sowieso in der nächsten Woche im Verwaltungsausschuss beraten bzw. entschieden werde.

Diesem Vorschlag stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau einstimmig zu.

- 14. Auswirkungen der Lärmschutzvarianten beim Vorhaben "Nordwestliche Weserstraße" auf Schillerslage sind in die Prüfungen einzubeziehen; negative Auswirkungen sind auszuschließen, Antrag gem. Geschäftsordnung des Ortsrates Schillerslage vom 15.11.2019
Vorlage: A 2019 1120**
-

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Stadt Burgdorf ermittelt bei allen schalltechnischen Gutachten im Zusammenhang mit dem Vorhaben „Nordwestliche Weserstraße“ die Auswirkungen auf bzw. Belastung von Schillerslage.

Die weitere Behandlung der Nummer 2 des Antrags des Ortsrates Schillerslage wurde vertagt.

15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

15.1. Anfrage der Fraktion FreieBurgdorfer vom 06.10.2019 zu den Vorkommnissen auf dem Oktobermarktwochenende Vorlage: F 2019 1091

Die weitere Behandlung dieser Anfrage der Fraktion FreieBurgdorfer wurde vertagt, da der Anfragensteller nicht persönlich anwesend war.

16. Anregungen an die Verwaltung

Frau Weilert-Plenk teilte mit, dass ihr aufgefallen sei, dass das Bauprojekt „Am Gümmekekanal“ fertiggestellt worden sei und die Regenrinne so positioniert sei, dass das Wasser in die Büsche fließt. Hierbei sei bereits einiges abgeschwemmt worden und sie bittet die Verwaltung diese Sachlage nochmal zu überprüfen.

Auf Nachfrage von **Herrn Sieke** erläuterte **Herr Fischer**, dass das Projekt „Försterberg“ nach Plan laufe und an Geschwindigkeit gewinne. Bisher verlief alles zur vollsten Zufriedenheit. Er schlug vor den zuständigen Architekten nochmals in den Ausschuss einzuladen.

Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Kaever eröffnete die Einwohnerfragestunde um 20.27 Uhr.

Eine Anwohnerin erklärte, dass sie zu einer Gruppe Burgdorfer gehöre, die gemeinsam ein Bauprojekt zur Schaffung von Wohnraum verwirklichen wollen. Und sie nun auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück seien.

Frau Borchers teilte mit, dass die Gruppe bereits mit der Stadtplanung Kontakt hatte, um geeignete Flächen zu finden. Bisher konnte leider nichts Passendes gefunden werden, man habe allerdings eine laufende Abfrage und die Gruppe sei auf die Liste bei Abt. 80 gesetzt worden.

Herr Dr. Kaever schloss die Einwohnerfragestunde um 20.32 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin